

# Privatisiertes Straßennetz?

**PINNEBERG: FDP fordert Prüfung**

**Die Mängelliste ist lang, der Investitionsstau groß und die Summe, die der Kreis für die Instandhaltung der Straßen ausgeben muss, hoch. Könnte eine Straßen-Privatisierung helfen?**

VON ANUSCHKA UNGER

Nein, die Kreisstraßen waren in den vergangenen Jahren nicht das Lieblingskind der Politik – und so wurden die meisten Sanierungsvorhaben kurzerhand verschoben. Das Ergebnis: Ein Investitionsstau von mehr als sieben Millionen Euro. Einige Brücken in Elmsborn mussten bereits für Schwertransporte gesperrt werden. Angesichts dieser und anderer maroder Trassen müsste die hohe Summe bald fließen – trotz leerer Kassen.

Geht es nach FDP-Fraktionschef Klaus G. Bremer, so sollte dem Problem mit dem Modell „Öffentlich Private Partnerschaften“ (ÖPP) begegnet werden. „Wir wollen das prüfen lassen“, hatte er während der Kreistagssitzung angekündigt. Damit würde nach Kreishaus und der angedachten Übereignung kreiseigener Schulen an private Unternehmen auch das Straßennetz temporär aus der öffentlichen Hand gegeben.

Das Prozedere: Für einen festen Zeitraum von etwa zehn bis 25 Jahren vertraut der Kreis nach einer Ausschreibung die Hege und Pflege seiner Trassen einer Firma an. Diese verpflichtet sich vertraglich, die Straßen in Stand zu halten, je nach Abkommen. Dafür würde der Kreis monatlich oder jährlich eine feste Summe an das Unternehmen zahlen und gleichermaßen als Verpächter und Mieter seines Verkehrsnetzes auftreten. Die Ausgaben reduzieren sich zwar nur wenig, doch wäre ein Investitionsstau künftig ausgeschlossen. Nachteil: Die Politik entscheidet nur einmal und gibt dann das Mitspracherecht ab. Allerdings: Ein solches ÖPP-Straßenmodell darf nur realisiert werden, wenn bewiesen wird, dass eine Unterhaltung der Trassen durch private Unternehmen tatsächlich wirtschaftlicher ist. Sprich: Es gilt, die Effizienz zu beweisen.

Für Claus-Peter Matetzki (Linke) stehen die ÖPP-Modelle generell für „eine Ausdünnung der Demokratie“, wie er während der Sitzung betonte. „Stimmt“, so Landrat Dr. Wolfgang Grimme (CDU). Aber damit sei beispielsweise die Bewirtschaftung garantiert.